



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

DR Kongo – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

27. Januar 2025

Rebellengruppe M23 nimmt Provinzhauptstadt Goma ein

Medienberichten zufolge hätten die Rebellen der Gruppe Mouvement du 23 Mars (M23) in den frühen Morgenstunden des 27.01.25 die Provinzhauptstadt Goma der östlichen Provinz Nord-Kivu eingenommen. Dies teilte der Anführer der Congo River Alliance der Nachrichtenagentur Reuters mit. Den Berichten zufolge könne die Angabe bislang nicht von unabhängiger Seite überprüft werden. Anwohnerinnen und Anwohner hätten jedoch Videos von M23-Rebellen, die die Hauptstraßen Gomas, nach einem mutmaßlichen Blitzangriff auf die kongolesische Armee, patrouillierten geteilt. Die Rebellengruppe M23 ist Teil der Congo River Alliance, die als politisch-militärischer Zusammenschluss von Rebellengruppen und politischen Parteien die Regierung der Demokratischen Republik Kongo stürzen will.

In Goma, der größten Stadt im Osten des Landes, leben über eine Mio. Menschen. Hunderttausende der Einwohnerinnen und Einwohner sollen sich auf der Flucht befinden. In der seit Jahrzehnten umkämpften Grenzregion zu Ruanda hatte M23 seit 2021 immer weitere Gebiete auf kongolesischem Staatsgebiet erobert. Zuletzt hat die Rebellengruppe ihr Kampfhandlungen deutlich verschärft und ist schon seit Tagen weiter Richtung Goma vorgerückt. Seit Beginn des Jahres 2025 seien laut Angaben der UN in nur wenigen Wochen rd. 400.000 Menschen vertrieben worden. Viele Menschen seien seit Monaten, immer vorangetrieben von den Eroberungen der M23, aus umliegenden Dörfern und Städten auf der Flucht und letztlich in der Stadt Goma angekommen. Mit der Übernahme Gomas durch M23 sei ihnen nun die letzte Zuflucht genommen worden. Nun seien die wichtigsten Straßen in der Umgebung von Goma blockiert und der Flughafen der Stadt könne nach Angaben der UN nicht mehr für Evakuierungen und humanitäre Maßnahmen genutzt werden. Wie UN- und Armeebeamte mitteilten, seien bei den Kämpfen der letzten Wochen auch 13 Soldaten der internationalen Friedenstruppen in der DR Kongo bei Zusammenstößen mit M23-Rebellen getötet worden.

Internationale Regierungen und Organisationen verurteilen die schweren Kämpfe zwischen den Rebellen und der kongolesischen Armee. Die kongolesische Regierung, ebenso wie die UN und viele internationale Stimmen, werfen der Regierung des Nachbarlandes Ruanda vor, die Rebellengruppe M23 zu unterstützen. Mutmaßlich befinden sich zudem mehr als 1.000 ruandische Soldaten in der Region. Wenige Stunden vor der Übernahme Gomas, am 26.01.25, nannte die kongolesische Außenministerin die Entsendung der ruandischen Truppen über die Grenze eine Kriegserklärung. Die DR Kongo brach in diesem Zusammenhang ihre diplomatischen Beziehungen zu Ruanda ab. Auch der UN-Generalsekretär hatte Berichten zufolge Ruanda aufgefordert, seine Streitkräfte aus dem Staatsgebiet der DR Kongo abzuziehen und von der Unterstützung der M23 abzusehen. Der kenianische Präsident und Vorsitzende der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) hat für die kommenden Tage einen regionalen Notgipfel für die Präsidenten beider Konfliktländer einberufen und nannte es die Aufgabe der beiden Regierungschefs, eine Waffenruhe und eine friedliche Lösung des Konflikts zu fördern.¹

03. Februar 2025

Kämpfe im Osten: Tote und Verletzte in Goma, UN fordert Eingreifen, Demonstrationen in Kinshasa

Nach der gewaltvollen Übernahme der Provinzhauptstadt und Millionenstadt Goma in der östlichen Provinz Nord-Kivu durch die Rebellengruppe M23 am 27.01.25 (vgl. BN v. 27.01.25), sind in der Stadt laut UN-Angaben mindestens 700 Menschen bei schweren Kämpfen getötet worden. Weitere 2.800 Menschen seien verletzt worden. Die UN warnte, dass die Zahl der Toten und Verletzten weiter steigen werde. Medien berichten von überfüllten und überforderten Krankenhäusern in der Stadt und Leichen auf den Straßen. Die UN forderte ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in den eskalierenden Konflikt. Der beschränkte Zugang für Hilfsorganisationen in der Region und insbesondere in der Stadt Goma verstärke das Risiko einer humanitären Katastrophe weiter. Hunderttausende Menschen seien auf der Flucht.

Berichten zufolge bewegen sich die Rebellen nun nach Süden in Richtung Bukavu, der Hauptstadt der Provinz Süd-Kivu. Corneille Nangaa, der eine Allianz von Rebellengruppen anführt, zu der maßgeblich auch die Gruppe M23 gehört, erklärte, dass sie ihre Offensive bis in die Hauptstadt Kinshasa fortsetzen werden. Ihr oberstes Ziel sei es, die Regierung von Präsident Félix Tshisekedi zu stürzen.

Indes erreichten die Spannungen um die Situation im Osten auch die Hauptstadt Kinshasa im Westen der DR Kongo. Am 28.01.25 waren in Kinshasa zahlreiche Menschen zu Demonstrationen auf die Straßen gegangen. Die Demonstrierenden griffen die Botschaften Frankreichs, Ruandas, Belgiens und der Niederlande an. Es kam zu Plünderungen und Brandstiftungen. Um die Ausschreitungen zu kontrollieren setzte die Polizei Tränengas ein und sicherte die Gebäude der Auslandsvertretungen. Botschaftsmitarbeitende seien nicht in Gefahr gewesen. Die Demonstrierenden hatten die internationale Gemeinschaft aufgefordert, Druck auf Ruanda ausüben, damit die ruandische Regierung die Unterstützung der Rebellen beende. Die ruandische Regierung weist eine Beteiligung am Konflikt und eine Unterstützung der Rebellen nach wie vor zurück.²

17. Februar 2025

Ostkongo: Neue Opferzahlen; Vertreibung aus IDP-Camps; Vorrücken von M23 in Süd-Kivu

Die Kämpfe, in deren Zuge die von Ruanda unterstützte Rebellengruppe Mouvement du 23 Mars (M23) die Hauptstadt der Region Nord-Kivu, Goma, einnahm (vgl. BN v. 27.01. u. 03.02.25), forderten mehr zivile Opfer als zunächst verzeichnet worden waren. Nach zwischenzeitlichen UN-Angaben kamen rd. 2.900 Menschen ums Leben; andere Schätzungen gehen von über 3.000 aus. Unklar bleibt, ob diese Zahlen auch Kombattanten umfassen. Gesundheitsminister Samuel Kamba zufolge sind über 4.200 Verletzte in Gesundheitseinrichtungen versorgt worden. Dem herrschenden Mangel an medizinischem Personal und Mitteln soll ein zwischen der WHO und humanitären Organisationen einerseits sowie Ruanda und M23 anderseits vereinbarter humanitärer Korridor aus Ruandas Hauptstadt Kigali entgegenwirken. Gomas Flughafen stehe weiter nicht zur Verfügung.

Etwa 700.000 Personen seien vertrieben worden. Medienberichten, die sich auch auf UN OCHA berufen, sowie HRW zufolge befahl M23 am 09.02.25 Tausenden intern Vertriebenen (IDPs), die vor den Auseinandersetzungen nach Goma geflohen waren, innerhalb von 72 Stunden in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Camps seien in der Folge aufgelöst und geplündert worden. M23 habe diese Informationen als „Propaganda“ zurückgewiesen, niemand würde ohne Sicherheitsgarantien zur Rückkehr gezwungen. Vorgeworfen wird M23 und ruandischen Sicherheitskräften zudem, Hunderten Menschenrechtverteidigenden, Medienschaffenden und Vertretenden der Zivilgesellschaft nachgestellt zu haben.

Nach einem zeitweiligen seitens M23 verkündeten einseitigen Waffenstillstand griff die Gruppe der Berichterstattung zufolge am 11.02.25 die kongolesische Armee (FARDC) wieder an. M23 zog am 16.02.25 übereinstimmenden Medienberichten zufolge in die Hauptstadt Süd-Kivus, Bukavu, ein. Schon zuvor hatten sich FARDC und burundische Streitkräfte aus dem Zentrum der 1,3-Millionenstadt zurückgezogen, laut einem Offizier, um ein Blutbad wie in Goma zu vermeiden. Infolge dessen kam es laut Berichten vom 14.02.25 zu Plünderungen, so auch in einem großen WFP-Depot.

Bereits eingenommen hatte M23 den wichtigen Ort Kalehe, derzeit Epizentrum der Epidemie der neuen Mpox-Klade 1b (vgl. BN v. 19.08.24) und in der Folge auch den Flughafen Kavumu, der Bukavu bedient. Der Flughafen sei wichtig für die Operationen der FARDC und werde auch von den UN genutzt, so der UN-Koordinator für Humanitäre Hilfe, Bruno Lemarquis, noch am 12.02.25. Alternative Versorgungsrouten, etwa über den Wasserweg,

stünden ebenfalls nicht zur Verfügung. Schon vor der aktuellen, zu Jahresanfang 2025 begonnen M23-Offensive habe es in Süd-Kivu rd. 1,65 Mio. IDPs, über ein Fünftel der Bevölkerung, gegeben. Diese gingen auf Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen oder Landstreitigkeiten, aber auch auf Naturkatastrophen zurück. Vor der Einnahme Bukavus sei zusätzlich ein Zustrom von Personen, die vor der nach Süden vorrückenden M23 flüchteten, zu beobachten gewesen. Die UN-Friedensmission in der DR Kongo (MONUSCO) hatte sich im Juni 2024 aus Süd-Kivu zurückgezogen, dies entsprechend einem geplanten phasenweisen Rückzug.

Auf die Möglichkeiten der humanitären Hilfe massiv auswirken werde sich auch die von US-Präsident Trump dekretierte weitgehende Aussetzung von Leistungen ans Ausland. Die USA hatten laut Lemarquis im Jahr 2024 rd. 70 % der internationalen Hilfe von insgesamt rd. 1,3 Mrd. USD für die DR Kongo finanziert.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen waren UN und Afrikanischen Union sowohl vor einem regionalen Krieg als auch einem Auseinanderbrechen der DR Kongo.³

Ostkongo: UNICEF beklagt Gewalt an Kindern

UNICEF-Exekutivdirektorin Catherine Russell macht auf die Auswirkungen auf Kinder und Familien im Kontext der Auseinandersetzungen in Nord- und Süd-Kivu aufmerksam. Sie erklärte am 13.02.25, Rekrutierung und Entführung von Kindern sowie sexuelle Gewalt nähmen rapide zu. In der Woche vom 27.01. bis 02.02.25 seien fünfmal mehr Vergewaltigungsfälle in von UNICEF unterstützten Gesundheitszentren als in der Vorwoche behandelt worden. 30 % der Behandelten seien Kinder. Den UNICEF-Partnerorganisationen mangle es bereits an Medikamenten, um die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Ansteckungen nach einem sexuellen Übergriff zu reduzieren. Außerdem würden Kinder zunehmend von ihren Familien getrennt, was sie der Ausbeutung einschließlich durch bewaffnete Gruppierungen aussetze.

Besonders betroffen von der herrschenden Gewalt und der daraus resultierenden Vertreibung seien Schwangere. In der DR Kongo herrsche ohnehin eine der weltweit höchsten Muttersterblichkeitsraten.⁴

Ituri: zahlreiche Tote bei CODECO-Angriff

Am 10.02.25 überfielen in der ebenfalls in Ostkongo befindlichen Region Ituri bewaffnete Männer mehrere Dörfer. Bei dem Angriff im Territorium Djugu wurden ersten Berichten zufolge etwa 51 Menschen getötet, darunter zahlreiche Kinder. Der Angriff wird, auch seitens MONUSCO, der Miliz Coopérative de développement du Congo (CODECO) zugeschrieben. MONUSCO sprach in einer Pressemitteilung vom 12.02.25 von über 80 toten Zivilpersonen. CODECOs Modus Operandi mit Macheten u.Ä. erhöhe die Dauer, bis ein Alarm wahrgenommen werde. MONUSCO habe die Angreifer vertrieben und die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erhöht.

CODECO begeht in Ituri immer wieder Überfälle einschließlich Plünderungen sowie Brandschatzungen und bekriegt sich mit anderen Milizen (vgl. BN v. 09.01., 16.01. u. 24.04.23). Auch der jüngste Überfall stellt MONUSCO zufolge eine Vergeltung für einen Angriff der Zaire-Miliz im Territorium Djugu dar, bei dem am 09.02.25 fünf Personen getötet worden seien.⁵

24. Februar 2025

UN-Sicherheitsrat verurteilt Ruandas Unterstützung für M23

Am 21.02.25 beschloss der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution S/RES/2773(2025) betreffend die jüngeren Geschehnisse im Osten des Landes (vgl. BN v. 27.01., 03.02. u. 17.02.25). Die Resolution verurteilt laut der Berichterstattung die Offensive der Rebellengruppe Mouvement 23 Mars (M23) mit der Unterstützung der ruandischen Armee. Diese habe sich ohne Vorbedingungen aus der DR Kongo zurückziehen. M23 müsse sofort Kampfhandlungen einstellen und auf illegitime parallele Verwaltungsstrukturen verzichten. Allerdings fordere die Resolution auch die DR Kongo auf, die Unterstützung der Hutu-Miliz Forces démocratiques de libération du Rwanda (FDLR) (vgl. BN v. 02.01. u. 17.04.23) einzustellen und für deren Auflösung zu sorgen. Ruanda und M23 begründen ihr Vorgehen in Ostkongo mit dem Schutz der Kinyarwanda-Sprechenden bzw. der Volksgruppe der Tutsi (vgl. BN v. 20.06., 25.07. u. 21.11.22).

Die Chef der UN-Blauhelmission MONUSCO, Bintou Keita, hatte vor der Abstimmung zur Resolution erklärt, die Besetzung Nord-Kivus durch M23 schränke die Möglichkeiten der Mission, in Nord-Kivu Zivilpersonen zu schützen und lebensrettende Operationen durchzuführen, stark ein.

Laut Medienberichten war es bei der Einnahme Gomas auch zu einem Massenausbruch aus dem Gefängnis Munzenze gekommen. Rd. 4.000 Häftlinge seien geflohen. Hunderte weibliche Häftlinge sollen vergewaltigt worden und durch die folgende Brandschatzung des Frauentrakts ums Leben gekommen sein.

Staatspräsident Félix Tshisekedi kündigte der weiteren Berichterstattung zufolge als Reaktion auf die Lage im Osten des Landes am 22.02.25 bei einem Treffen seiner „Union sacré“ genannten Parteienkoalition (vgl. BN v. 22.01.24) die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an. Direkte Verhandlungen mit M23 schließe er weiterhin aus.⁶

Ostkongo: Vorrücken von M23 entlang der Grenze zu Burundi

Nach der im Wesentlichen widerstandslosen Einnahme von Süd-Kivus Hauptstadt Bukavu (vgl. BN v. 17.02.25) rückt M23 weiter nach Süden vor. Medienberichten zufolge erreichte die Rebellengruppe am 18.02.25 die Stadt Kamanyola. Die kongolesischen Streitkräfte (FARDC) hätten sich erneut zurückgezogen. Auch burundische Truppen, welche zur Unterstützung der FARDC stationiert worden waren, sollen auf dem Rückzug sein, um sich auf die Verteidigung der eigenen Grenze zu konzentrieren. Burundis Armeesprecher habe dies jedoch dementiert. Aus der strategisch wichtigen Stadt Uvira am Nordende des Tanganyika-Sees wurden bereits Zusammenstöße gemeldet. Diese liegt nur rd. 30 km von Burundis wirtschaftlichem Zentrum Bujumbura entfernt. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner hätten Uvira bereits aus Furcht verlassen. In den vergangenen zwei Wochen seien bereits 42.000 Personen nach Burundi geflohen, habe der UNHCR am 21.02.25 mitgeteilt.

Auch in Nord-Kivu dringe M23 weiter vor. In Masisi habe es an mehreren Tagen Gefechte mit der Selbstverteidigungsmiliz Wazalendo gegeben. M23-Kämpfer befänden sich außerdem nahe Lubero (rd. 250 km nördlich von Goma). FARDC-Soldaten seien geflohen.⁷

Oppositionspolitiker aus Haft entlassen

Jean-Marc Kabund, bis ins Jahr 2022 Weggefährte Tshisekedis, wurde laut Medienbericht vom 21.02.25 aus der Haft entlassen. Einem Sprecher des Präsidialamtes zufolge profitiere er von einer präsidialen Begnadigung. Kabund war am 09.08.22 festgenommen und am 13.09.23 u.a. wegen Präsidentenbeleidigung zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Die Strafverfolgung wurde von Kabunds Partei Alliance pour le Changement (A.CH) als politisch motiviert bezeichnet (vgl. BN v. 15.08., 05.09., 24.10.22 u. 18.09.23).⁸

10. März 2025

Ostkongo: Belohnung für die Ergreifung von Rebellenführern

Am 09.03.25 hat die Regierung der Demokratischen Republik Kongo eine Belohnung in Höhe von 5 Mio. USD für die Hilfe zur Ergreifung von drei M23-Rebellenführern ausgesetzt. Medienberichten zufolge handelt es sich um Corneille Nangaa, Sultani Makenga sowie Bertrand Bisimwa. Ein Militärgericht hatte die drei Männer im August 2024 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Festnahmen seien jedoch unwahrscheinlich, da die M23-Rebellen weiterhin große Teile des Ostens des Landes beherrschen. M23 hatte erst kürzlich große Städte wie Goma und Bukavu eingenommen, wobei tausende Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben wurden (vgl. BN v. 03.02., 17.02. u. 24.02.25).

Bei Corneille Nangaa handelt es sich um den ehemaligen Vorsitzenden der nationalen Wahlkommission. Er leitet nun die Congo River Alliance, eine Allianz von Rebellengruppen, zu der maßgeblich auch M23 gehört. Nach der Eroberung der Stadt Goma verkündete Nangaa, dass sie ihre Offensive bis in die Hauptstadt Kinshasa fortsetzen würden. Oberstes Ziel sei es, die Regierung von Präsident Félix Tshisekedi zu stürzen.⁹

24. März 2025

Sorge um Wirtschaft durch Konflikt im Osten

Mehrere kongolesische Mitglieder des Makutano-Netzwerks, des größten Wirtschaftsnetzwerks in Zentralafrika, haben in einem Gastbeitrag vor den Auswirkungen des Konflikts im Osten des Landes auf die Wirtschaft gewarnt. Die dortige Sicherheitslage übe weiterhin erheblichen Druck auf die nationale Wirtschaft und insbesondere auf den Privatsektor aus. Investoren würden beispielsweise weniger in Konfliktgebieten investieren. Eine besonders betroffene Wirtschaftssparte sei jedoch der Finanzsektor. Nord- und Süd-Kivu würden mehr als 50 % des Mikrofinanzsektors des Landes ausmachen. Die beiden Provinzen würden die drittgrößte Bankenregion nach

Kinshasa und Katanga bilden und daher ein großes finanzielles und wirtschaftliches Zentrum sein, welches aber aufgrund des Konfliktes derzeit vom Rest des Landes abgeschnitten sei. Es gebe Schwierigkeiten bei der Durchführung von Transaktionen, wodurch Geldbeträge gebunden seien. Auch der Zugang zu Bargeld sei schwierig. Der Telekommunikationssektor leide ebenso unter dem Konflikt; es gebe ganze Ortschaften, die von der Telekommunikation abgeschnitten seien.

Auch der Staat habe mit den Auswirkungen zu kämpfen. Problematisch seien zum einen die Steuerausfälle und steuerähnlichen Einnahmen in den Konfliktprovinzen. Die Beamten wurden aufgefordert, ihre Arbeit im Osten bis auf weiteres einzustellen, die Verwaltung wurde ausgetauscht.¹⁰

28. April 2025

Mögliche Friedensabkommen mit Ruanda; Waffenstillstand zwischen Regierung und M23

Der Außenminister Ruandas und die Außenministerin der DR Kongo unterzeichneten am 25.04.25 in Washington eine Erklärung, in der sich beide Staaten gegenseitige Achtung der Souveränität und das Einstellen von militärischer Unterstützung für bewaffnete Gruppierungen versprechen. Laut der Berichterstattung bekennen sie sich in der Erklärung zur Diplomatie als Mittel der Konfliktbeilegung. Am 26.04.25 hatten die Regierung und die Rebellengruppierung Mouvement du 23 mars (M23), welche große Teile der ostkongolesischen Provinzen Nord- und Süd-Kivu unter ihre Kontrolle gebracht hat (vgl. BN v. 27.01., 03.02., 17.02. u. 24.02.25), einen beidseitigen Waffenstillstand verkündet. Dieser kam überraschend auf Vermittlung Katars zustande. Staatspräsident Félix Tshisekedi hatte bislang direkte Gespräche seiner Regierung mit M23 abgelehnt.

Wenngleich Ruanda eine Unterstützung von M23 dementiert, gilt diese als gesichert. Die Gruppierung rekrutiert sich wesentlich aus Angehörigen der Volksgruppe der Tutsi bzw. aus Kinyarwanda-Sprechenden. Ruanda sieht seine Sicherheit durch die in Ostkongo aktive bewaffnete Gruppierung Forces Démocratique pour la Libération du Rwanda (FDLR) gefährdet, welche am Völkermord der Hutu gegen die Tutsi in Ruanda im Jahr 1994 beteiligte Anführer umfasst. M23, wie zahlreichen weiteren in Ostkongo aktiven bewaffneten Gruppierungen, soll es allerdings auch um die Kontrolle der dort reichen Mineralvorkommen gehen. Koltan aus Bergbau, der von M23 kontrolliert werde, soll Berichten zufolge über Ruanda exportiert werden.¹¹

Kabila vermeintlich in Goma; Suspendierung der PPRD-Partei; Vorgehen gegen Unterstützende

Der ehemalige Staatspräsident und Senator auf Lebenszeit, Joseph Kabila, soll sich am 18.04.25 aus dem Exil über Ruanda in die durch M23 kontrollierte Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, Goma, begeben haben. Medienberichten zufolge beanspruchte Kabila als „Friedensbotschafter“ gekommen zu sein. Aus Sicht der Regierung habe sich dagegen die Vermutung, er unterstütze die Rebellenallianz Alliance Fleuve Congo (AFC), zu der auch M23 gehört, bzw. er sei der Drahtzieher hinter dem Wiedererstarken von M23, erhärtet. Die Regierung suspendierte daraufhin landesweit die Aktivitäten von Kabillas Partei Parti du peuple pour la reconstruction et la démocratie (PPRD). Dabei handle es sich um eine vorläufige, präventive Maßnahme. Außerdem bereite die Regierung die Beschlagnahmung von Eigentum und Bankkonten Kabillas sowie mehrerer ihm naher Persönlichkeiten vor, denen außerdem die Ausreise verwehrt werde. Seitens der PPRD wird bestritten, dass Kabila überhaupt in Goma war. Es handle sich um nicht belegte Gerüchte aus sozialen Medien. Die Suspendierung sei ein Versuch, die Partei mundtot zu machen.¹²

26. Mai 2025

Senat entzieht Immunität von Ex-Präsident Kabila

Der Senat der Demokratischen Republik Kongo hat am 22.05.25 für die Aufhebung der Immunität von Ex-Präsident Joseph Kabila gestimmt und damit den Weg für seine mögliche strafrechtliche Verfolgung geebnet. Knapp 90 Senatoren stimmten dafür, fünf wählten dagegen. Das Oberhaus sprach sich dafür aus, Kabila wegen der mutmaßlichen Unterstützung der bewaffneten Gruppe M23, die mit ruandischer Unterstützung weite Teile des Ostens der Demokratischen Republik Kongo erobert hat, vor Gericht zu stellen.

Am 30.04.25 hatte der Justizminister verkündet, es gebe eine „beträchtliche Menge an Dokumenten, Zeugenaussagen und Fakten“, die Kabila mit der bewaffneten Gruppe M23 in Verbindung brächten. Dies seien

eindeutige Beweise, ihn des Hochverrats, der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Beteiligung an einer Aufstandsbewegung zu bezichtigen.

Kabila meldete sich am Abend des 23.05.25 von einem unbekannten Ort aus mit einer Rede, die live auf YouTube übertragen wurde. In seiner Rede kritisierte er die „willkürlichen Entscheidungen“ der Regierung, die im vergangenen Monat getroffen wurden, nachdem „Gerüchte“ über seine Reise in die östliche Stadt Goma aufgekommen waren. Man könne den Verfall der Demokratie im Land daran sehen, wie der Präsident die Verfassung untergrabe, das Parlament den Präsidenten nicht zur Rechenschaft ziehe und die Justiz sich offen für politische Zwecke instrumentalisieren ließe.

Kabila, der von 2001 bis 2019 Präsident war, war nach seinem Ausscheiden aus dem Amt als erster ehemaliger Staatschef der Demokratischen Republik Kongo mit dem Ehrentitel eines Senators auf Lebenszeit und damit mit parlamentarischer Immunität ausgezeichnet worden. Kabila hatte das Land seit 2023 verlassen, hatte in den letzten Monaten aber angedeutet, zurückkehren zu wollen und hatte Tshisekedi zunehmend kritisiert. Beweise für seine Rückkehr sind jedoch nie aufgetaucht.

Seitdem hatte die Regierung seine Partei Parti du peuple pour la reconstruction et la démocratie (PPRD) suspendiert und Sicherheitskräfte hatten u.a. mehrere seiner Anwesen durchsucht (vgl. BN v. 28.04.25).¹³

30. Juni 2025

Friedensabkommen mit Ruanda unterzeichnet

Die kongolesische Außenministerin und der ruandische Außenminister haben am 27.06.25 in Washington in Vertretung für ihre Regierungen ein Friedensabkommen unterzeichnet, das den jahrzehntelangen Konflikt im Osten des Landes, der seit dem Jahr 2021 wieder aufflammte, zu beenden. Die US-amerikanische Regierung, die zuletzt den diplomatischen Anstoß unternommen hatte, lobte das Abkommen. Kritische Stimmen äußerten hingegen Bedenken, dass die Inhalte des Abkommens nicht weitreichend genug seien. Das Übereinkommen fordert den Rückzug und die Entwaffnung der im Osten kämpfenden bewaffneten Gruppen, enthält jedoch kaum weitere Einzelheiten.

Beide Seiten haben sich mit dem Abkommen bereiterklärt, die bewaffneten Gruppen, die sie mutmaßlich unterstützen, zu entwaffen und abzuziehen. Die Regierung der DR Kongo behauptet seit langem, dass die bewaffnete Gruppe M23, die hauptsächlich aus Mitgliedern der ethnischen Gruppe Tutsi besteht, militärische Unterstützung aus Ruanda erhält.

Ruanda bestritt die direkte Unterstützung der Rebellen wiederholt, stimmte dem Abkommen aber trotzdem zu. Die ruandische Regierung forderte ihrerseits dafür ein Ende der Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR), die von Mitgliedern der ethnischen Gruppe Hutu gegründet wurde und auf dem Staatsgebiet der DR Kongo operiert. Die ethnische Gruppe steht mit den Massakern an Tutsi im Völkermord von 1994 in Ruanda in Verbindung. In der Region sind jedoch noch Dutzende weitere nichtstaatliche bewaffnete Gruppen aktiv und es ist nicht klar, ob sich alle von ihnen an die Waffenruhe halten werden.

Insbesondere die starke Offensive der M23-Rebellen Anfang des Jahres 2025 hatte zur Eroberung von weiten Teilen des Landes, darunter die wichtige Stadt Goma, geführt. Seit Wiederaufflammen des Konflikts sind Tausende von Menschen gestorben und Millionen vertrieben worden. Expertinnen und Experten kritisieren, dass der „menschliche Aspekt“ in dem Abkommen übersehen zu werden scheint, wie etwa die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Das Friedensabkommen geht ebenso nicht direkt auf sexuelle Gewalt ein und enthält auch keine Maßnahmen für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Nach Angaben der UNO werden Vergewaltigungen von den M23-Rebellen und anderen Gruppen systematisch als Kriegswaffe eingesetzt.

Das Abkommen lässt auch wichtige afrikanische Akteure außen vor, die zuvor versucht hatten in der Region zu vermitteln und sie zu stabilisieren. Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) sind von dem Abkommen ausgeschlossen.

Kritikerinnen und Kritiker befürchten sogar eine ausbeuterische Dimension des Friedensabkommens. Eine Formulierung in dem Friedensabkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DR Kongo, Ruanda und den USA wurde angesichts der in der Region vorhandenen Bodenschätze als unzureichend kritisiert, den in der Vergangenheit war dieser Ressourcenreichtum bereits ein Katalysator für regionale Auseinandersetzungen.¹⁴

-
- ¹ Aljazeera, DRC cuts diplomatic ties with Rwanda over violence, UN calls emergency meet, last update 26.01.2025; Aljazeera, UN chief calls for Rwandan forces to leave DRC as rebels press offensive, last update 26.01.2025; BBC, DR Congo rebels close in on key city as 13 peacekeepers killed, last update 26.01.2025; BBC, Rebels say they have taken DR Congo city as thousands flee, last update 27.01.2025; Radio Okapi, William Ruto appelle à la cessation des hostilités en RDC et annonce un sommet extraordinaire de l'EAC, last update 27.01.2025; Tagesschau, Rebellen nehmen offenbar Goma ein, last update 27.01.2025; Tagesschau, Schwere Kämpfe im Ostkongo, last update 26.01.2025; UN News, DR Congo Crisis, Updates as top UN official tells emergency Security Council meeting 'we are trapped', last update 26.01.2025.
- ² Aljazeera, Bodies on streets, hospitals struggle, battles intensify in DR Congo's Goma, last update 28.01.2025; Aljazeera, Protesters attack French, US, Rwandan embassies in DRC, last update 28.01.2025; BBC, At least 700 killed in DR Congo fighting since Sunday – UN, last update 01.02.2025; BBC, DR Congo rebels vow to march all the way to capital, letzte Aktualisierung 31.01.2025; Radio Okapi, Guerre d'agression : plus de 700 morts et près de 3000 blessés en 4 jours à Goma, last update 02.02.2025; Radio Okapi, Le Phare : « Goma, plus de 773 morts et 2880 blessés en quatre jour », last update 03.02.2025; Tagesschau, Demonstranten greifen Botschaften im Kongo an, last update 28.01.2025; Tagesschau, UN fordern Eingreifen wegen Kämpfen in Goma, last update 29.01.2025.
- ³ BBC News, DR Congo conflict: Rebels attack army ending lull in fighting, last update 11.02.2025; UN News, DR Congo: Shortage of humanitarian routes threatens aid operation, top UN official warns, last update 13.02.2025; MONUSCO, CP: Fin de mission de la MONUSCO au Sud-Kivu après plus de 20 ans de service, (Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo), 25.06.2024; RFI: RDC: le ministre congolais de la Santé annonce la création d'un corridor humanitaire pour Goma, (Radio France Internationale), last update 14.02.2025; Global Centre for the Responsibility to Protect, Letter to UN Human Rights Council members on atrocity prevention priorities at the Council's 58th session, 12.02.2025; HRW, DR Congo: M23 Drives Displaced People From Goma Camps, (Human Rights Watch), last update 13.02.2025; Reuters, Humanitarian catastrophe looms in east Congo as rebels push south, official says, last update 13.02.2025; Associated Press, Rebels advance, Congolese forces retreat from eastern Congo's second-largest city, (Voice of America), last update 15.02.2025; BBC News, Bukavu: Looting reported as rebels advance on DR Congo city, last update 15.02.2025; Le Monde, En images : des combattants du M23 sont entrés dans le centre de Bukavu, en RDC, last update 16.02.2025; The Guardian, Rwanda-backed M23 rebels reach strategic city of Bukavu in DRC – video report, last update 16.12.2025; news24, African Union warns against territorial break-up of DR Congo, last update 16.02.2025.
- ⁴ UN News, UNICEF sounds alarm over child crisis in eastern DR Congo, last update 13.02.2025.
- ⁵ Save the Children, At least 28 children killed in latest brutal attack in eastern DRC, last update 12.02.2025; Reuters, Militia kills at least 51 civilians in east Congo village attack, last update 11.02.2025; MONUSCO, MONUSCO strengthens its civilian protection efforts in Ituri in response to escalating violence, (Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo), 12.02.2025.
- ⁶ United Nations, Security Council Strongly Condemns Ongoing Offensives by M23 Rebel Movement in Eastern Democratic Republic of the Congo, Unanimously Adopting Resolution 2772 (2025), SC/16004, 24.02.2025. Jeune Afrique, Guerre dans l'est de la RDC le Conseil de sécurité de l'ONU condamne directement le Rwanda pour la première fois, last update 22.02.2025; BBC News, Tutsis in DR Congo and the M23: Links to Rwanda fuel discrimination, last update 22.02.2025; UN News, DR Congo crisis: Occupation blocks UN mission from protecting civilians, last update 21.02.2025; The Guardian, Hundreds of women raped and burned to death after Goma prison set on fire, last update 05.02.2025; Associated Press, Congo's president says he'll create 'unity government' as violence spreads, last update 23.02.2025; Radio France Internationale, RDC: Tshisekedi réaffirme qu'il ne dialoguera pas avec le M23 et promet une refonte de l'armée et du gouvernement, last update 23.02.2025.
- ⁷ The Africa Report, East Congo: After taking Bukavu, where next for M23? Uvira, last update 21.02.2025; Jeune Afrique, Guerre dans l'est de la RDC le Conseil de sécurité de l'ONU condamne directement le Rwanda pour la première fois, last update 22.02.2025; UN News, DR Congo crisis: Occupation blocks UN mission from protecting civilians, last update 21.02.2025.
- ⁸ Reuters, Congo frees opposition leader and former president's ally Kabund, last update 21.02.2025.
- ⁹ Africanews, DR Congo offers \$5M reward for rebel leaders amid ongoing conflict, last update 09.03.2025; BBC News, DR Congo offers \$5m bounties for rebel leaders, last update 09.03.2025; The Africa Report, DRC: Who is Corneille Nangaa, the man leading the M23 rebels?, last update 31.01.2025.
- ¹⁰ RFI, RDC. des acteurs du secteur privé s'inquiètent des impacts économiques du conflit dans l'Est, last update 23.03.2025; Financial Afrik, Tribune du réseau Makutano. De l'impact économique du conflit dans l'Est de la RDC, last update 21.03.2025.
- ¹¹ France 24, Rwanda and DR Congo set May 2 deadline for peace deal, last update 25.04.2025; The New York Times, Congo and M23 Agree to a Cease-Fire in Qatar, last update 24.04.2025; Deutsche Welle, "Du coltan acheté provient des mines occupées par le M23", last update 16.04.2025; Reuters, Congo and Rwanda sign pathway to peace in US-brokered agreement, last update 26.04.2025; RFI, RDC-Rwanda: ce que contient la déclaration de principes signée à Washington, last update 26.04.2025.

-
- 12 BBC News, DR Congo bans ex-president's party over alleged rebel links, last update 20.04.2025; Radio France Internationale, RDC: le gouvernement durcit le ton contre l'ancien président Joseph Kabila et ses proches, last update 23.04.2025; Deutsche Welle. Le PPRD dénonce une cabale contre Joseph Kabila, last update 22.04.2025; Radio France Internationale, À la Une : Kabila le paria, 21.04.2025; Jeune Afrique, RDC: contre Joseph Kabila, Félix Tshisekedi sonne la charge, last update 20.04.2025.
- 13 Aljazeera, DR Congo strips ex-President Kabila of immunity, letzte Aktualisierung 23.05.2025; BBC News, DR Congo seeks to remove ex-President Kabila's immunity, letzte Aktualisierung 01.05.2025; BBC News, DR Congo strips ex-leader of immunity over treason charges, letzte Aktualisierung 23.05.2025; BBC News, DR Congo ex-leader lashes out after immunity lifted for treason charges, letzte Aktualisierung 24.05.2025; France 24, Former DR Congo president Kabila loses immunity over alleged M23 links, letzte Aktualisierung 23.05.2025; Jeune Afrique, En RDC, le Sénat autorise les poursuites contre Joseph Kabila, letzte Aktualisierung 23.05.2025; RFI, RDC: Joseph Kabila dénonce des «décisions arbitraires» après la levée de son immunité parlementaire, letzte Aktualisierung 24.05.2025.
- 14 BBC News, DR Congo-Rwanda ceasefire deal still faces many challenges, letzte Aktualisierung 28.06.2025; BBC News, DR Congo-Rwanda peace deal met with scepticism in rebel-held city, letzte Aktualisierung 28.06.2025; France 24, Rwanda and DR Congo to sign US-mediated peace agreement, letzte Aktualisierung 27.06.2025; DW, DRC-Rwanda peace deal: What you need to know, 27.06.2025.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1093

Stand

06/2025

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de